

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Kellerei Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 2 Mk. ohne Zuzug. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindeverbands-Konto Nr. 3. — Postcheckkonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die bekanntesten Stellen...
Hauptmannschaft: 1/2 M., im amtlichen Teil, von Behörden die Stelle 200 Pf. — Einzelne Nummern 200 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 24

Sonntag den 28. Januar 1922

88. Jahrgang

Amtliche Bekanntmachung.

Bestellungen auf neue und gebrauchte Drell-Anzüge

Können bis zum 30. ds. Mts. mittags 12 Uhr im Rathhaus, Zimmer Nr. 17, bewirkt werden.
Stadtrat Dippoldiswalde, am 26. Januar 1922.

Vertikales und Sächsisches.

Dippoldiswalde. Am 26. Januar hielt der Männergesangverein seine Hauptversammlung ab. In seinem Jahresbericht konnte Herr Sekretär Kohlmann feststellen, daß sich der Verein im vergangenen Jahre sowohl bezüglich der Mitgliederzahl (3 Ehren-, 30 aktive und 93 passive Mitglieder), als auch in seiner gesanglichen Tätigkeit Dank der kunstfertigen Leitung des Herrn Gruner in aufsteigender Linie bewegte. Er erinnerte an das Wohlthatigkeitskonzert im Mai, an die Aufführung der „Glocke“ und an das 80. Stiftungsfest. Herr Obersekretär Heil machte die freudige Kundgebung, daß die 18 am 80. Stiftungsfest mit Medaillen ausgezeichneten Mitglieder dem Verein eine Jubiläumsgiftung von 1170 M. überreichten. Die Jahresrechnungen der Herren Sekretär Schäfer und Jehse brachten günstige Abschlüsse. Die Vorstandswahlen fielen wieder auf die bisherigen Stelleninhaber, nur als Fahnenträger wurden, weil Annahme bei Wiederwahl abgelehnt wurde, die Herren Betriebsleiter Lundeusch und Sekretär Seidel neugewählt. Die Berichterstatter, die Wieder- und Neugewählten und der Vorsteher, Herr Nieß, wurden mit Sängersprüchen begrüßt, und als der Pirnaische Sängerspruch verklungen war, gedachte man ehrend des verstorbenen Dichters und Komponisten, Herrn Kantor Günzel—Pirna.

Die Deutsche Volkspartei veranstaltet heute Freitagabend in der Reichskrone einen großen öffentlichen Vortragsabend, an dem zwei Vorträge gehalten werden. Zuerst wird das hier von früher her bekannte Fräulein Dr. Hertwig—Dresden über „Die Frau in der Politik“ sprechen, während der zweite ein Lichtbildvortrag sein wird. Er soll das Thema behandeln: „Krupp und sein Werk.“ Beide Themen versprechen hochinteressante Ausführungen und dürften zu einem Besuch der Veranstaltung anregen.

Die falsche Briefmarkenschmiede auf der 60-Pf.-Briefmarke hat nun auch den „Bund Deutscher Schmiedgenossen“ auf den Plan gerufen. Dieser äußert sich in einem Schreiben an die „Weißeritz-Zeitung“ dahin, daß die Schmiede auf dieser 60-Pf.-Briefmarke vom sachlichen Standpunkt aus allerdings eine glatte Unmöglichkeit darstelle. Zunächst arbeiten niemals vier Schmiede zusammen, sondern höchstens drei. Der von den drei Schmieden für den Ausgang der Arbeit verantwortliche Schmied „hält vor“, d. h. er hält das Eisen, setzt den Seyhammer, Schrottwinkel usw. auf und schmiedet mit dem Handhammer nach. Hierbei steht er vor der einen Längsseite des Ambos, so daß das Horn des Ambosses nach links zeigt. Die anderen beiden Schmiede stehen auf der anderen Längsseite des Ambosses und schlagen mit dem sogenannten Vorschlaghammer zu. Das zu bearbeitende Stück Eisen ruht beim Schmieden nicht mit seiner Längsrichtung auf dem Ambos, sondern wird quer auf dem Ambos gelegt. Der Vorschlaghammer wird vom Schmied so angefaßt, daß sich die rechte Hand etwa zwei Hand breit vom Hammer am Stiel befindet, und von oben greift. Die linke Hand greift den Stiel etwa am Ende von unten. Der Hammerstiel muß sich also beim Zuschlagen unter dem rechten Arm befinden. Die Hembärmel endlich werden vom Schmied nicht nach außen, sondern nach innen umgekrempelt. Sie sehen aus dieser Darstellung, daß vom sachlichen Standpunkt aus an diesem Markenbild nicht weniger denn alles falsch ist.

Ulberndorf, 27. Januar. Heute vor 75 Jahren schrieb Gemeindevorstand Pittlich den Bau des neuen Schulhauses der Schulgemeinde Ulberndorf mit Glend aus. Am 30. Sept. wurde dann das Schulhaus geweiht. Es kostete über 2000 Taler.

Dresden. Dem Landtag ist am Mittwoch die Regierungsvorlage über die Umwandlung der Lehrer- und Lehrerinnen-Seminare in andere öffentliche Lehranstalten im Sinne des Gesetzes über die Gymnasien, Oberrealschulen, Realschulen usw. zugegangen. Die Umwandlung beginnt mit dem Schuljahre 1922/23 und soll so durchgeführt werden, daß sie zum Schluß des Schuljahres 1927/28 beendet ist. Bis zum 30. Sept. 1928 sind noch Schulauskandidatenprüfungen ab-

zuhalten. Die an den von der Umwandlung betroffenen Lehranstalten angestellten Lehrkräfte werden nach Maßgabe des Bedarfs auf die umgewandelten Anstalten übernommen. Das Kultusministerium hat von Fall zu Fall und unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse Bestimmungen darüber zu treffen, in was für eine Schule das Seminar umzuwandeln ist.

Landtagsabgeordneter Karl Sindermann ist in der Nacht zum Donnerstag seinem hartnäckigen Leiden, er hatte mehrere Schlaganfälle erlitten, erlegen.

Abg. Sindermann war geboren am 22. Februar 1888 in Baumgarten (Schlesien). Er war erst Schriftsetzer, dann langjähriger Buchhalter im Betriebe der „Dresdner Volkszeitung“ und wurde vor etwa 10 Jahren Geschäftsführer des gesamten Druckereibetriebes Raben & Co., „Dresdner Volkszeitung“. Seit 1899 war er Vorsitzender des Zentralkomitees der sächsischen Sozialdemokratie und bis zuletzt Vorsitzender der Sozialdemokratischen Fraktion des sächsischen Landtages. Von 1903—1906 war er Mitglied des Reichstages für den 2. sächsischen Wahlkreis Wbau-Ebersbach-Neugersdorf. Sindermann war im Gegensatz zu vielen anderen sozialistischen Abgeordneten aus der Kirche nicht ausgetreten, sondern entsprechend der sozialdemokratischen Parteiforderung, wonach Religion Privatangelegenheit zu sein habe, Anhänger der römisch-katholischen Kirche geblieben. Nachfolger Sindermanns im Landtage wird Bürgermeister Emil Rißke, der frühere Finanzminister.

Dresden. Am Donnerstag eröffnete der Landtagspräsident Fröhlich die Sitzung mit der Trauerbotschaft, daß der Abg. Sindermann, Führer der sozialdemokratischen Fraktion im Landtage, in der Nacht zum Donnerstag einem schweren Leiden erlegen ist. Das Haus nimmt stehend die Trauerbotschaft und einen warmen Nachruf des Präsidenten entgegen. Darauf tritt das Haus in die Tagesordnung ein, um eine Tagesordnung, die nicht weniger als 21 Punkte umfaßt, in genau 6 Stunden zu erledigen. Das Haus arbeitet anfangs im Eiletempo. Der Gesetzentwurf über die Eingemeindung selbständiger Ortsbezirke wird an den Rechtsausschuß zurückverwiesen. Die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Erweiterung der Landeskulturrentenbank ergibt die Annahme sämtlicher Abänderungsanträge des Ausschusses ohne Aussprache. In erster Beratung wird darauf der Gesetzentwurf über die Abänderung des allgemeinen Vergütung des Rechtsausschusses überwiesen. Eine ausgedehnte Aussprache bedingte die erste Beratung eines Gesetzentwurfes über die Auszahlung der Dienstbezüge der Volks- und Fortbildungsschullehrer unter Mitwirkung von Gehaltsrechnern. In der Debatte kam rüchhaltlos zum Ausdruck, daß die Auszahlung der Dienstbezüge der Lehrerschaft unbedingt einer Abänderung bedarf. Ein Antrag, die Vorlage dem Rechtsausschuß zu überweisen, wird abgelehnt. Das Haus wird sich also mit der Materie nochmals in zweiter Lesung zu beschäftigen haben. Nach unerheblicher Geschäftsordnungsdebatte wird Kapitel 95 des Staatshaushaltplanes, die Seminare betreffend, an den Haushaltsausschuß A zurückverwiesen. Die erste Beratung einer Vorlage, betreffend die nachträgliche Einstellung von Mitteln zur Verbesserung der Milchversorgung in den ordentlichen Staatshaushaltplan für das Jahr 1921/22 ließ die gegensätzliche Auffassung der Fraktionen deutlich zutage treten. Die Kommunisten benutzten die Gelegenheit, um gegen die Deutschnationalen zu Felde zu ziehen und weigerten sich, der Vorlage zuzustimmen, da sie nicht gewillt seien, die Liebesgabenpolitik den Landwirten gegenüber noch zu unterstützen. Auch die Unabhängigen sprachen sich dagegen aus und brachten zum Ausdruck, daß sie nicht anerkennen könnten, daß die Möglichkeit nicht bestände, den Kranken, Säuglingen und Minderbemittelten verbilligte Milch zur Verfügung zu stellen. Die Mehrheitssozialisten sprachen sich für die Vorlage aus, legten aber Wert darauf, die Augen offen zu halten, damit den Landwirten diese Mittel nicht als Liebesgaben zugute kommen. Minister Fellisch stellte fest, daß die in Aussicht genommenen 15 Millionen zur Steigerung der Milchherzeugung und zur Anlieferung nach den Bedarfsorten zu verwenden sind. Gegen die Verwendung der verfügbaren Geldbeträge zur Verwilligung der Milch für Minderbemittelte haben Finanz- und Wirtschaftsministerium die schwersten Bedenken. Die Mittel- und Rechtsparteien begrüßten die Vorlage und sicherten Unterstützung zu. Die Vorlage geht an den Haushaltsausschuß. Ein Antrag der Unabhängigen, Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung, wird von allen Fraktionen unterstützt. Absatz 2 des Antrages, bei der Reichsregierung den Erlaß von Bestimmungen zu beantragen, durch die die Härten bei der Gewährung der Erwerbslosen-

unterstützung beseitigt werden, wird von den Mittel- und Rechtsparteien jedoch abschlägig behandelt. Die Abstimmung ergab die Annahme des Absatz 1 des Antrages, die Erhöhungen der Unterstützungen betreffend, während Absatz 2 nur mit 44 gegen 40 Stimmen angenommen wurde. Zum Schluß beschäftigte sich das Haus mit den Reichenschaftsberichten und den Staatshaushaltplänen, die sämtlich einstimmig ohne oder nur mit unerheblicher Debatte angenommen werden. Nächste Sitzung Donnerstag dem 2. Febr. 1922.

Limbach bei Wilddruff. Am Freitag vergangener Woche empfingen die drei neuen Glocken der hiesigen Kirche ihre Weihe. Dieselben wurden gleichzeitig mit den Dippoldiswalder Glocken gegossen.

Leipzig. Trotz der bedeutenden Verteuerung des Fernsprechverkehrs sind in Leipzig nur sehr wenig Hauptanschlüsse gekündigt worden; dagegen ist die Zahl der Ferngespräche sehr zurückgegangen.

Um dem Rathaus ein würdiges Heim zu schaffen, hat der Rat der Stadt beschlossen, das baugeschichtlich berühmte, allen Fremden bekannte schöne Gebäude der „Alten Waage“, in dem das Rathaus untergebracht ist, einem zweckentsprechenden inneren Umbau zu unterziehen.

Leipzig. Der Sturm von 6. zum 7. November v. J. hat an den städtischen Grundstücken, Schulen, Gütern und dergleichen bedeutende Schäden angerichtet. Das städtische Hochbauamt hat die Kosten für die dadurch nötigen Instandsetzungen auf 625 490 M. berechnet.

Chemnitz. Am hiesigen Landgerichtsgebäude wird jetzt die Bezeichnung „Königlich“ entfernt. Hierzu machte sich die Errichtung eines mächtigen Gerüstes nötig, so daß nach den Angaben des „Chemn. Tgbl.“ 24 000 M. Unkosten entstehen. Wie hierzu das gleiche Blatt noch bemerkt, wurde auch für die notwendige Ergänzung der Gerichtsbibliothek ein bescheidener Betrag gefordert. Dieser Betrag mußte abgelehnt werden, da der Staat leider für solche Sachen kein Geld hat.

Adorf i. V. Vor einigen Tagen beschlagnahmten auf der Zollstraße Bad Elster—Grün sächsische Zollbeamte 150 000 M. in deutschen Banknoten; die der Kaufmann Hermann Rosenzweig aus Franzensbad—Schlaba bei sich führte und nach der Tschechei schaffen wollte. Die Angelegenheit wird ein gerichtliches Nachspiel haben.

Mühlau. Als Anstifter des unlängst beim Ortsbesitzer August Nöckel in Obermühlau ausgebrochenen Brandes wurde der dort bedienstet gewesene Kleinknecht S. aus Aurbachtal festgenommen.

Sanktionen und kein Ende.

Poincaré, der erfolggekrönte Kriegsheld, der neuerdings wieder der Leiter der Geschicke Frankreichs geworden ist, droht Deutschland aus Anlaß seiner in Cannes anerkannten Jahiungsunfähigkeit unverzüglich mit neuen „Sanktionen“. Diese Sanktionen französischer Erfindung haben es an sich, daß sie, zur Zurücksetzung irgend einer erpresserischen Absicht unserer Feinde bestimmt, doch keineswegs aufgehoben werden, wenn diese Absicht erreicht ist. So sollten die bekannten über das Rheinland im April vorigen Jahres verhängten Zwangsmaßnahmen wieder fallen, nachdem Deutschland sich dem Londoner Ultimatum der Alliierten gefügt und den ihm aufgezwungenen Zahlungsplan angenommen haben würde. Aber nahezu fünf Monate hat es gedauert, bis wenigstens die Handel und Wandel in Deutschland vermissende Zwischenschlichtung zwischen dem Rheinland und dem unbesetzten Deutschland gefallen war. Die Besetzung aber von Düsseldorf und von Duisburg—Mühlort wurde überhaupt nicht aufgehoben, und die mit der Begründung des Emser Aus- und Einfuhramts bewirkte geforderte Außenhandelskontrolle für das besetzte Gebiet ist ebensowenig beseitigt. Die in Koblenz geführten Verhandlungen wegen der Aufhebung sind wiederholt auf einem toten Punkt angelangt und die Entente fordert vielmehr von Deutschland anstelle des Emser Kontrollamtes eine neue Einrichtung, die Deutschland ausdrücklich anerkennen soll, während es gegen den Rechtsbruch der Sanktionen im letzten Frühjahr doch wenigstens zu protestieren imstande war.

Ein Ausschuß von fünf Vertretern Belgiens, Frankreichs, Englands, Italiens und der Vereinigten Staaten und ebensoviel Stellvertretern soll mit zahlreichen Beamten und Angestellten, deren Unterhalt und Unterbringung Deutschland zur Last fällt, dauernd in Koblenz seinen Sitz haben und zunächst die Aus- und Einfuhrbewilligungen für alle Waren prästen, die für Firmen im besetzten rheinischen Gebiete bestimmt sind oder von solchen Firmen kommen. Diesem Ueberwachungs-Ausschuß soll die deutsche Regie-